



RANKING DIGITAL RIGHTS

2019 RDR CORPORATE ACCOUNTABILITY INDEX

Der 2019 Ranking Digital Rights Corporate Accountability Index bewertet 24 der weltweit mächtigsten Internet-, Mobilfunk- und Telekommunikationsunternehmen hinsichtlich ihrer offengelegten Richtlinien und Veröffentlichungen, die sich auf Meinungsfreiheit und den Datenschutz auswirken.



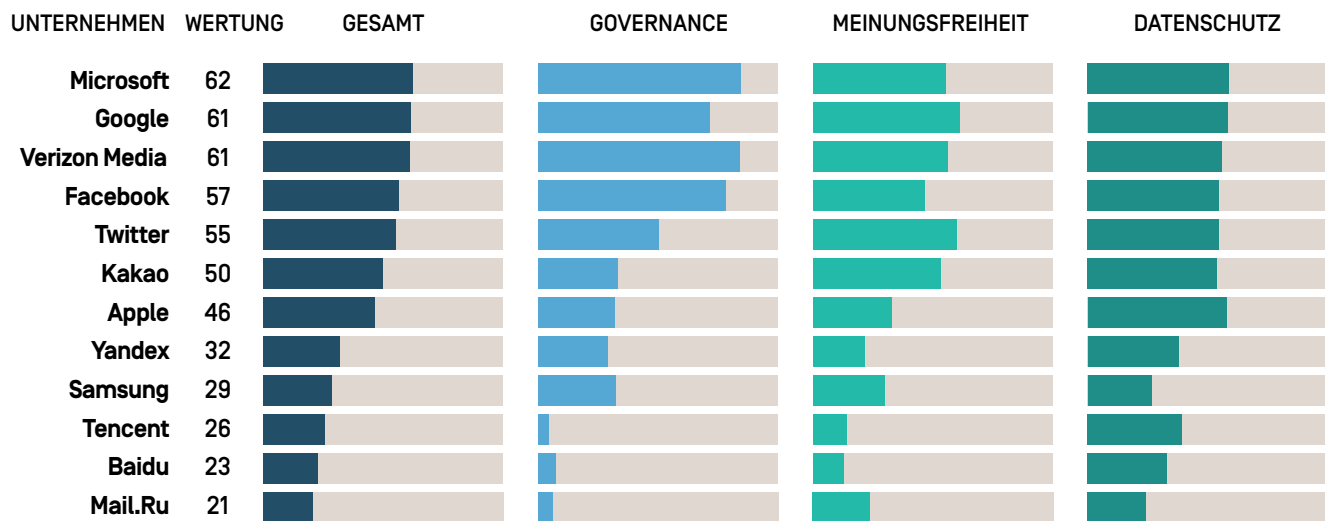
2019 RDR CORPORATE ACCOUNTABILITY INDEX

Im 2019 Ranking Digital Rights Corporate Accountability Index wurden 24 der weltweit mächtigsten Internet-, Mobil- und Telekommunikationsunternehmen anhand von 35 Indikatoren bewertet. Es wurden Verpflichtungen, Richtlinien und Praktiken untersucht, die die Unternehmen veröffentlichten und die Meinungsfreiheit und den Datenschutz betreffen, sowie entsprechende Mechanismen zur Selbstkontrolle und Rechenschaft. Die im RDR-Index evaluierten Unternehmen bieten Produkte und Dienstleistungen an, die als Gesamtheit von mindestens der Hälfte der 4,3 Milliarden InternetnutzerInnen weltweit genutzt werden. Zusammen verfügen diese Unternehmen über einen Marktwert von fast 5 Billionen USD.

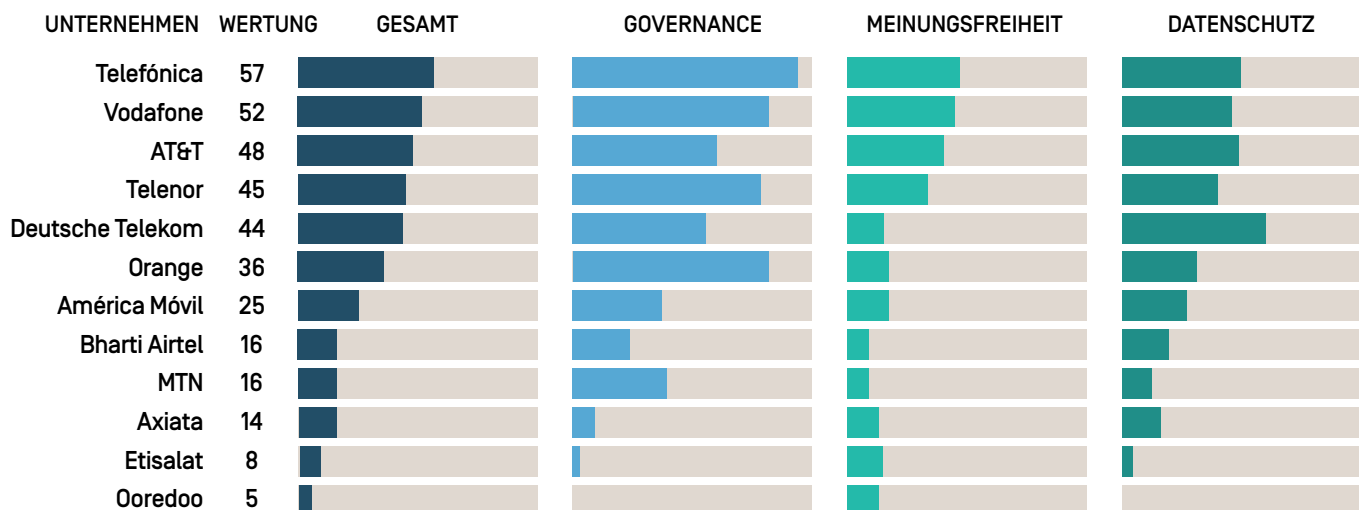
Ranking Digital Rights ist ein gemeinnütziges Forschungsprojekt am New America Open Technology Institute. Der RDR-Index wurde bereits im November 2015, März 2017 und April 2018 veröffentlicht. Alle Ergebnisse und Analysen des 2019 RDR-Index, Kurzberichte zu jedem der 24 bewerteten Unternehmen sowie die Rohdaten finden Sie unter:

rankingdigitalrights.org/index2019.

● INTERNETUNTERNEHMEN



● TELEKOMMUNIKATIONSUNTERNEHMEN



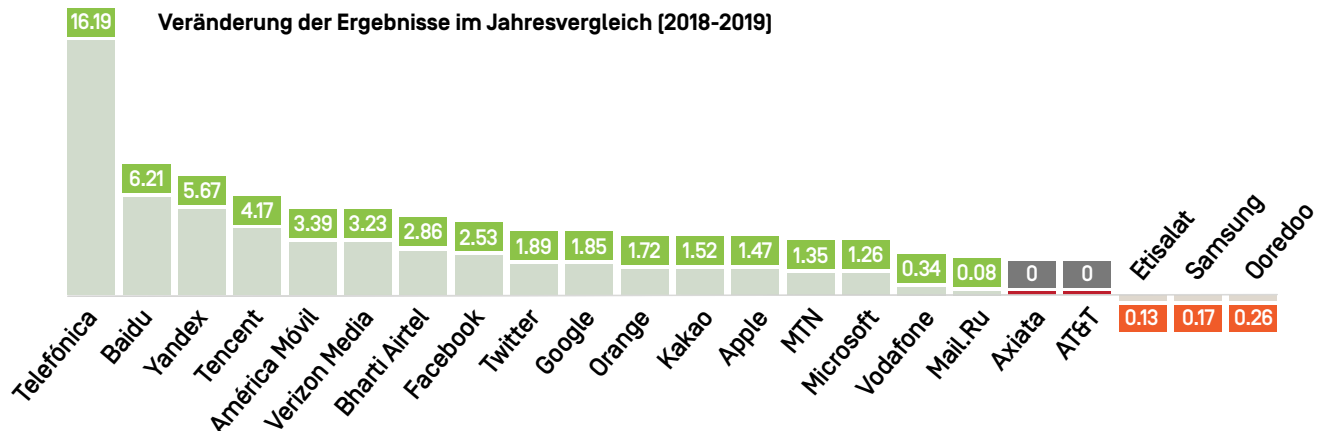
ZENTRALE BEFUNDE

Die meisten Unternehmen haben Maßnahmen zur Verbesserung getroffen. Allerdings ist der Weg zu einem Internet, das Menschenrechte für alle fördert und aufrechterhält, noch ein weiter. Der 2019 RDR-Index umfasst 24 Unternehmen. Von den 22 bereits in 2018 bewerteten Unternehmen haben sich 19 verbessert, darunter neuen Spitzenreiter in diesem Jahr.

1. **Microsoft** belegt den ersten Platz, vor allem aufgrund starker Steuerungs- und Kontrollmechanismen (Governance) sowie der konsequenten Anwendung seiner Richtlinien auf alle Dienste. Microsoft löst **Google** ab, dessen Vorsprung seit dem ersten RDR-Index im Jahr 2015 allmählich zurückgegangen ist. Google teilt sich mit **Verizon Media** (ehemals Oath and ursprünglich Yahoo) den zweiten Platz im Gesamtindex.
2. **Telefónica** setzte sich vor allen anderen Telekommunikationsunternehmen durch und legte deutlich mehr Informationen über Richtlinien und Praktiken offen, welche die Meinungsfreiheit sowie den Datenschutz beeinträchtigen. Von allen Unternehmen im RDR-Index hat sich der in Madrid ansässige multinationale Konzern mit Niederlassungen in Lateinamerika und Europa am stärksten verbessert. **Vodafone**, Spitzenreiter 2018, belegt nun den zweiten Platz vor **AT&T**, das auf den dritten Platz zurückgefallen ist.

Menschen haben ein Recht auf Gewissheit. Unternehmen haben eine Verantwortung zu Transparenz. Im vergangenen Jahr haben sich mehr Unternehmen öffentlich dazu verpflichtet, die Menschenrechte der NutzerInnen zu respektieren und ihre Kontrollaufsicht und Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Risiken für die freie Meinungsäußerung und den Datenschutz aufgezeigt. Auch haben neue Richtlinien in der Europäischen Union und an anderen Orten viele Unternehmen dazu veranlasst, die Transparenz beim Umgang mit Nutzerdaten zu verbessern. Dennoch erreichten nur wenige Unternehmen im Index 2019 einen Wert über 50%. Wenn Unternehmen nicht den RDR-Standards zur Offenlegung von Verpflichtungen, Richtlinien und Praktiken entsprechen, werden NutzerInnen nicht bekannt gegebenen Risiken ausgesetzt, die ihre Meinungsfreiheit und Datenschutzrechte betreffen.

1. **DATENSCHUTZ: Die meisten Unternehmen legen weiterhin wichtige Aspekte zum Umgang mit und zum Schutz von personenbezogenen Daten nicht offen.** Trotz neuer Richtlinien innerhalb der EU und an anderen Orten werden einem Großteil der weltweiten InternetnutzerInnen weiterhin grundsätzliche Angaben darüber verwehrt, wer unter welchen Umständen auf ihre personenbezogenen Daten zugreifen kann, und wie NutzerInnen Einfluss auf die Erfassung und Verarbeitung nehmen könnten.
2. **GOVERNANCE: Die Gefahren, die durch die Geschäftsmodelle von Unternehmen sowie den Einsatz neuer Technologien für NutzerInnen entstehen, werden nicht hinreichend verstanden und gehandhabt.** Die meisten Unternehmen sind noch nicht in der Lage, die Risiken, die beispielsweise mit zielgerichteter Werbung sowie automatisierter Entscheidungsfindung verbunden sind, zu identifizieren und zu kontrollieren. Auch bieten Unternehmen keine hinreichenden Beschwerde- und Abhilfe-Mechanismen an, um sicherzustellen, dass Verfehlungen gemeldet und behoben werden können.
3. **MEINUNGSFREIHEIT: Transparenz zur Regulierung von Meinungsäußerungen im Internet bleibt unzureichend.** Die Unternehmen tun sich schwer, die durch Hassrede und Desinformationen verursachten Schäden zu begegnen. Entsprechend unternehmen sie nicht genug, um NutzerInnen aufzuzeigen, wer Einfluss auf deren Möglichkeiten zu Verbreitung und Empfang von Informationen auf Plattformen und Diensten der Unternehmen nehmen kann, oder wer auf Nutzerdaten zugreift. Ein Mangel an Transparenz erhöht das Risiko für Zensur und Manipulation durch Regierungen, Unternehmen und sonstige Dritte.
4. **BEHÖRDENANFRAGEN: Die Transparenz zu Behördenanfragen an die Unternehmen ist ebenfalls unzureichend.** Unternehmen legen nur unzureichend Information darüber offen, wie sie mit behördlichen Anfragen auf Zugriff auf Nutzerdaten oder zur Einschränkung von Meinungsäußerungen umgehen. Entsprechend unterliegen staatliche Zensur- und Überwachungsinstrumente in den meisten Staaten keiner angemessenen Aufsicht, um Missbrauch zu verhindern oder die öffentliche Rechenschaft aufrechtzuerhalten.



EMPFEHLUNGEN FÜR UNTERNEHMEN

Alle im RDR-Index bewerteten Unternehmen könnten sofortige Maßnahmen zur Verbesserung ergreifen, auch ohne rechtliche oder politische Reformen.

1. **Über reine Rechtskonformität hinausgehen:** Vorschriften alleine reichen nicht aus, um zu gewährleisten, dass Unternehmen die notwendigen Schritte unternehmen, um Menschenrechte zu respektieren und zu schützen. Für Unternehmen, die sich dazu verpflichtet haben, Meinungsfreiheit und Privatsphäre als Menschenrechte zu achten, bieten die Indikatoren des RDR-Index klare Standards zur Einhaltung.
2. **Transparent sein:** Eine systematische Offenlegung umfassender Daten und Auskünfte ermöglicht es NutzerInnen nachzuvollziehen, inwiefern Meinungsfreiheit online eingeschränkt oder manipuliert werden kann und wie, von wem und unter welcher Berechtigung Zugriff und Verarbeitung persönlicher Daten erfolgen.

3. **Sorgfaltspflicht ernst nehmen:** Aufsichtskontrolle und eine umfassende Sorgfaltspflicht sind notwendig, um festzustellen, wie Meinungsfreiheit und Datenschutz durch das Unternehmen beeinträchtigt werden könnten und um sicherzustellen, dass das Unternehmen den Schutz der Menschenrechte der NutzerInnen maximiert.
4. **Beschwerde- und Abhilfemechanismen gewährleisten:** NutzerInnen müssen in der Lage sein, Schäden zu melden und Abhilfe zu suchen, wenn Meinungsfreiheit oder Datenschutzrechte im Zusammenhang mit der Nutzung einer Plattform, eines Dienstes oder eines Endgeräts des Unternehmens verletzt werden.
5. **Innovative Zugänge zu besserer Governance von Daten und Meinungsfreiheit:** Mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, mit Investoren und Regierungen an neuen Ansätzen zur Bekämpfung von Gefahren für Einzelpersonen und die Gesellschaft und durch die die Rechte der NutzerInnen gleichzeitig gewahrt bleiben.

EMPFEHLUNGEN FÜR REGIERUNGEN

Regierungen müssen ihre Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte aufrechterhalten, während Unternehmen die Menschenrechte uneingeschränkt achten sollten. BürgerInnen müssen in der Lage sein, Regierungen dort zur Rechenschaft zu ziehen, wo sie Macht über Rede im Internet sowie personenbezogene Daten ausüben.

1. **Menschenrechtsstandards einhalten:** Strenge Datenschutzgesetze sind für den Schutz der Privatsphäre von essentieller Bedeutung. Regierungen tragen auch die Pflicht, Menschen vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Gleichzeitig müssen alle Gesetze, die die Meinungsfreiheit im Internet oder die Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten betreffen, Menschenrechtsstandards aufrechterhalten. Regierungen sollten keine Gesetze erlassen, die Unternehmen dazu zwingen, die Rechte von NutzerInnen auf freie Meinungsäußerung oder Datenschutz zu verletzen, oder die Verletzung dieser zu erleichtern. Jegliche staatlichen Eingriffe in das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Privatsphäre bedürfen einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage und müssen verhältnismäßig sein. Sie müssen daher einen legitimen Zweck verfolgen, geeignet sein, diesen zu erreichen, und in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.
2. **Verpflichtung zu strengerer Aufsicht und Kontrolle:** Befugnisse von Regierungen, in die Meinungsfreiheit einzugreifen oder auf personenbezogene Daten zuzugreifen, müssen einer wirksamen Kontrolle unterliegen, um BürgerInnen vor dem Missbrauch von Zensur- und Überwachungsbefugnissen zu schützen. Ohne eine glaubwürdige Kontrolle werden BürgerInnen und Wirtschaft den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung schädlicher und

böswilliger Handlungen auf privaten Plattformen und Diensten oder sonstigen Maßnahmen zur Bewältigung sozialer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Herausforderungen mit Misstrauen begegnen.

3. **Transparenz auferlegen und einfordern:** Veröffentlichen Sie regelmäßig zugängliche Daten, die über Umfang, Art und Zweck von Behördenanfragen an Unternehmen Auskunft geben, sofern diese die Meinungsfreiheit und den Datenschutz von NutzerInnen betreffen. Auch sollten Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet sein, aussagekräftige und umfassende Angaben zum gesamten Spektrum von Handlungen zu machen, die sich auf die Meinungsfreiheit und die Datenschutzrechte der NutzerInnen auswirken könnten.
4. **Starke Corporate Governance einfordern:** Unternehmen sollten gesetzlich dazu verpflichtet werden, eine Aufsichtsratskontrolle und ein systematisches internes und externes Berichtswesen einzurichten, sowie darüber hinaus Folgenabschätzungen durchzuführen, um potenzielle Menschenrechtsverletzungen – einschließlich von Verstößen gegen die Meinungsfreiheit und Datenschutzrechte von NutzerInnen – zu identifizieren, zu bewerten und zu reduzieren.
5. **Zugang zu Rechtsmitteln gewährleisten:** Menschen haben ein Recht auf verhältnismäßige und wirksame Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, sobald ihre Rechte auf Datenschutz oder freie Meinungsäußerung verletzt werden. Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, zugängliche und wirksame Mechanismen zur Beschwerde und Abhilfe bereitzustellen.